



Undercover

Deckname »Carmen«. Sie war eine der mächtigsten Frauen im Apparat der Kommunistischen Internationale während des Spanischen Krieges – und wachte über die Zuverlässigkeit der ausländischen Kader. Eine Spurensuche. Von Werner Abel

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 18. AUGUST 2017 · NR. 191 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Wende

Misshandelt und verbrannt? Im Fall Oury Jalloh setzt Generalstaatsanwalt überraschend Ermittler ab

3

Handlungsanweisung

Konkurrenz als Allheilmittel? Neoliberaler Thinktank kritisiert Qualität staatlicher Bildungseinrichtungen

4

Abgeblitzt

Keine Lehrstunde aus Berlin: Venezuelas Außenminister bestellt deutschen Botschafter ein

6

Diplomatisch

Beijing reagiert im Handelsstreit mit den USA gelassen. Starke wechselseitige Abhängigkeit

9

Kranich auf Raubzug

Lufthansa greift nach insolventer Fluglinie Air Berlin. Bundesregierung unterstützt Ausweitung des Niedriglohnsektors. Von Simon Zeise



Eingekreist von Zugvögeln: Die größte deutsche Airline frisst ihre Konkurrenz

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) kann sich in den Urlaub verabschieden. Kurz vor dem Ende der Legislaturperiode hat er noch die deutschen Monopole gerettet. Erst animierte er Pkw-Fahrer mit Prämien, neue Karossen der im Dieseldieselkartell zusammengeschlossenen Autobauer zu kaufen. Jetzt will er der Lufthansa den Himmel über Europa sichern. »Wir brauchen einen deutschen Champion im internationalen Luftverkehr«, sagte er der *Rheinischen Post* (Donnerstagsausgabe).

Seit Montag sucht die Fluglinie Air Berlin einen neuen Käufer. Zur Überbrückung stellt die Bundesregierung dem Konzern einen Kredit von 150 Millionen Euro zur Verfügung. Selbstverständlich nur um die deutschen Badegäste sicher von Mallorca zurückzuholen und um die 8.200 Beschäftigten vor der Erwerbslosigkeit zu retten, hatte Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) am Montag erklärt.

Die Dienstleistungsgewerkschaft forderte am Donnerstag, »die Bürgerschaft aus öffentlichen Finanztöpfen muss auch an soziale Bedingungen geknüpft werden«.

Nach Angaben von Air-Berlin-Vorstandschef Thomas Winkelmann steht der Konzern schon seit Wochen mit Kaufinteressenten in Kontakt. Alle seien »in finanzieller Hinsicht seriös, vom Volumen her ausreichend groß, um Air Berlin eine sichere Zukunft zu bieten, und hätten zudem das Interesse, weiterhin vom Standort Deutschland aus zu operieren«, sagte Winkelmann der *FAZ* (Donnerstag). Er nannte keine Namen – außer den der Lufthansa.

Dem Flugbetreiber mit dem Kranich auf der Heckflosse wird die Beute serviert. Wie sich das für die Beschäftigten anfühlen dürfte, davor warnte die Flugbegleitergewerkschaft UFO am Donnerstag. Nach deren Wissen soll das fliegende Personal Air Berlins nicht direkt übernommen werden,

sondern müsste sich bei der aufkaufenden Airline als Berufsanfänger neu bewerben, sagte Tarifvorstand Nicolety Baublies gegenüber *dpa*. Das gelte auch für die Lufthansa-Tochter Eurowings, die sich nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* einen Großteil der Air-Berlin-Flotte sichern will. Für Flugbegleiter mit jahrelanger Betriebszugehörigkeit würde ein Wiedereinstieg als Berufsanfänger Einkommensverluste von bis zu 80 Prozent bedeuten, sagte Baublies. Die Verträge sollten dann möglicherweise befristet sein, was weitere Risiken beinhalte. »Die Bieter wollen nur das Blech, und die Leute können sehen, wo sie bleiben«, kritisierte er.

Die Flugbegleiter haben den Bossen den Kampf angesagt. Am Mittwoch hatten UFO-Vertreter die Schlichtung bei Eurowings, bei der der frühere Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit (SPD) vermitteln sollte, kurzerhand platzen lassen. »Die Gründe, aus denen

mit der Eurowings-Geschäftsleitung keine Lösung erarbeitet werden konnte, liegen seit gestern um so klarer auf der Hand: Der Lufthansa-Konzern kann durch die Insolvenz der Air Berlin an billige Flugzeuge kommen und muss weder Personal noch dessen Tarifverträge übernehmen.« Die Lufthansa will auf Gedeih und Verderb mit Eurowings eine Billigfluglinie zu Dumpinglöhnen unterhalten, auch um große Teile des Mutterbetriebs ausgliedern. Anfang des Monats konnte die Lufthansa einen Rekordgewinn verkünden. Das Konzernergebnis stieg von April bis Juni um gut 56 Prozent auf 740 Millionen Euro, wie der Dax-Konzern am 2. August mitgeteilt hatte. »Unsere harte Arbeit an Kostensenkungen zahlt sich aus«, hatte Finanzvorstand Ulrik Svensson erklärt. »Diese Anstrengungen müssen wir weiter fortsetzen.« Am Donnerstag stieg die Lufthansa-Aktie um zwei Prozent – Fressen macht satt.

■ Siehe Kommentar auf Seite 8

USA und China beraten über Nordkorea



Beijing. Chinas Präsident Xi Jinping hat am Donnerstag den Generalstabschef der US-Streitkräfte, Joseph Dunford, empfangen. Dieser bekräftigte in Beijing, dass eine »militärische Option« gegen Nordkorea weiterhin denkbar sei. Es dürfe nicht toleriert werden, dass der nordkoreanische Staats- und Parteichef Kim Jong Un Atomwaffen besitze. Man müsse Pjöngjang daran hindern, die USA zu »bedrohen«, so Dunford. Ein Militärschlag wäre dennoch »absolut entsetzlich«, betonte der US-General. Der Vizevorsitzende der chinesischen Militärkommission, General Fan Changlong, warnte hingegen vor militärischen Maßnahmen. Dialog sei der »einzig wirksame Weg«. Zuvor hatte Dunford in Seoul eine für kommenden Montag geplante gemeinsame Militärübung US-amerikanischer und südkoreanischer Truppen bestätigt. Am heutigen Freitag wird der General zu Gesprächen in Tokio erwartet.

(dpa/jw)

BRD: Rückgang bei Baugenehmigungen

Wiesbaden. Erstmals seit acht Jahren sind in Deutschland in einem ersten Halbjahr weniger Wohnungsneubauten als im Vorjahreszeitraum genehmigt worden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sank die Zahl der Baugenehmigungen verglichen mit der ersten Hälfte 2016 um 7,3 Prozent. Insgesamt erlaubten die Ämter den Bau von 169.500 Unterkünften.

Zwar gab es von Januar bis Juni einen Zuwachs bei Mehrfamilienhäusern um 1,8 Prozent. Die Zahlen für Einfamilienhäuser (minus 9,5 Prozent) sowie für Wohnungen in Wohnheimen (minus 31,8 Prozent), zu denen auch Flüchtlingsunterkünfte zählen, waren dagegen rückläufig. Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, machte sich zum Anwalt des sozialen Wohnungsbaus und forderte am Donnerstag, hier müsse der Abwärtstrend dringend gestoppt werden.

(dpa/jw)

Hitlergruß beim KSK?

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen »Kommando Spezialkräfte« der Bundeswehr

Nach Recherchen des Journalistennetzwerks »Y-Kollektiv« hat das »Kommando Spezialkräfte« (KSK) der Bundeswehr ein Fest mit euphorischen Hitlergrüßen, mitgegröhltem Liedgut der Rechtsrockband »Sturmwehr« sowie Kampf- und Sexspielen gefeiert. Für den Abschied des Kommandeurs des KSK am 27. April sollen etwa 60 Soldaten in Calw nahe Stuttgart die Ausschweifung geplant und durchgeführt haben.

Die Berichte berufen sich dabei auf eine Zeugin, die mit Soldaten der

Einheit näher bekannt ist. Bei dem Sauf- und Sexgelage, zu dem sie eingeladen wurde, sollte sie als »Hauptpreis« auftreten und mit dem Kommandeur Geschlechtsverkehr haben; die Einladung hatte sie angenommen und war zu den Abschiedsfeierlichkeiten auf dem Schießplatz der Truppe angereist. Dort angekommen, sei sie jedoch von der dort gezeigten rechten Gesinnung überrascht worden – und wandte sich danach an Journalisten.

Nach Angaben der Redaktion des TV-Magazins »Panorama« (*NDR*) hat die Bundeswehr bereits einige der

Vorwürfe der Zeugin implizit bestätigt: Zeit, Ort und Teile des Ablaufs der Veranstaltung sind demnach von der Zeugin korrekt wiedergegeben worden. Einzig Hitlergrüße und Nazirock wollten Bundeswehr-Sprecher am Donnerstag nicht bestätigen, wählten dafür die Formulierung, dass die offen verfassungsfeindlichen Vorgänge »in Wort, Bild und Tat« nicht bestätigt seien. Wobei ein Soldat der Truppe, mit dem die Zeugin nach dem Gelage nochmals schriftlichen Austausch im Internet gehabt haben soll, diese Handlungen zumindest impli-

zit bestätigt haben soll. Nachdem die Vorwürfe durch die Medien gegangen waren, leitete die Staatsanwaltschaft Tübingen am Donnerstag Ermittlungen gegen das KSK ein.

Das KSK war 1996 für Spezialaufträge in Krisen- und Kriegsgebieten gegründet worden und operiert unter Geheimhaltung. Auch der Bundestag hat de facto kein Informationsrecht über die Truppe. Das KSK war in den zurückliegenden zwanzig Jahren in Afghanistan und im früheren Jugoslawien eingesetzt worden.

(jw) ■ Siehe Seite 8

jw wird herausgegeben von 2.071 Genossinnen und Genossen (Stand 15.8.2017)
 www.jungewelt.de/lpg

